

Abgeordnete der LINKEN spenden Gelder aus Diätenerhöhung

Spendenübergabe beim SOS-Kinderdorf Lippe

Letzten Sommer beschlossen die Mitglieder des Bundestages die Erhöhung ihrer Bezüge – gegen die Stimmen Der LINKEN. Die Abgeordneten der Linksfraktion sammelten ihre Mehreinnahmen, um sie an SOS-Kinderdörfer zu spenden. Insgesamt kamen 100.000 Euro zusammen, die auf 15 Kinderdörfer aufgeteilt wurden.

Im Januar überreichten die Abgeordneten der LINKEN Kathrin Vogler und Inge Höger im SOS-Kinderdorf Lippe in Schieder-Schwalenberg ihren Scheck. Der Leiter des Kinderdorfes, Antonius Grothe, begrüßte die beiden Abgeordneten herzlich und informierte über die Einrichtung und ihre Geschichte. Sie erfuhren von zum Teil sehr berührenden Schicksalen der Kinder und Jugendlichen. Der Bedarf an Wohnplätzen ist immens und steigt weiter.

Nach einem Rundgang durch das Kinderdorf sind sich Inge Höger und Kathrin Vogler einig: „Es ist notwendig, dass solche Projekte der Jugendhilfe, auch im Hinblick auf die Anforderungen der Inklusion, endlich dauerhaft sicher und auskömmlich finanziert werden.“



Konferenz: Patient Krankenhaus

Auch Krankenhäusern werden schon lange einer neoliberalen Behandlung durch Markt, Wettbewerb und Profitstreben ausgesetzt. Fallpauschalen (DRGs) und die Konkurrenz der Krankenhäuser gegeneinander sorgen dafür, dass die Krankenhäuser am erfolgreichsten sind, die möglichst schwere Fälle in möglichst kurzer Zeit mit möglichst wenig Personal behandeln.

Die Finanzierung der Investitionskosten durch die Länder ist in den letzten Jahren dramatisch zurückgegangen. In NRW werden die Zuschüsse zu den Baukosten sogar nur noch als Baupauschale gezahlt. Die Krankenhäuser sind gezwungen, erforderliche Investitionen aus den Betriebsmitteln und/oder durch Kredite zu finanzieren. Dies erklärt vielfach den massiven Personalabbau und Outsourcing. Die Beschäftigten fordern deshalb schon lange mehr Personalstellen statt Baustellen!

Wie steht es um die Krankenhäuser, was muss passieren, welche Forderungen gibt es zur Krankenhausplanung und Personalbemessung? Auf diese Fragen suchen wir Antworten mit Fachleuten aus Gewerkschaft, Betrieb und Fachpolitik

**Konferenz am 28. März 2015,
12-17 Uhr**

Kolpinghaus, Dortmund, Silberstr. 26, 44137 Dortmund

Veranstalter: Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit & Soziales NRW

**Weitere Infos unter:
www.dielinke-nrw.de/termine**



Versorgung der Patient*innen, Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und die Krankenhaushygiene sind dem System untergeordnet. Öffentliche Krankenhäuser mit einem Versorgungsauftrag können sich der Entwicklung nicht entziehen.

Kontakt

Bundestagsbüro:

Inge Höger (v.i.S.d.P.)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Fon: 030-227-74330
Fax: 030-227-76339
Email: inge.hoeger@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

HERFORD

Andy Höltker
Radewiger Str. 10, 32052 Herford
Öffnungszeiten
Mo. bis Do. 10-15 Uhr, Fr. 10-14 Uhr
sowie nach Vereinbarung
Fon: 05221-1749071
Fax: 05221-1749073
Email: inge.hoeger.wk@bundestag.de

BIELEFELD

Barbara Schmidt
August-Bebel-Str. 126, 33602 Bielefeld
Öffnungszeiten
Mo.13-16 Uhr, Di. bis Do. 10-16 Uhr
sowie nach Vereinbarung
Fon: 0521 5202902
Fax: 0521 5202903
Email: inge.hoeger.wk02@bundestag.de
www.inge-hoeger.de



DIE LINKE.
IM BUNDESTAG



Newsletter 1-2015

Jetzt erst recht!

Solidarität mit Griechenland



Am 5. Februar kam der griechische Finanzminister, Yanis Varoufakis (SYRIZA), zum Gespräch mit dem deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nach Berlin. Aktivist*innen und LINKE-Politiker*innen empfingen Yanis Varoufakis vor dem Finanzministerium und zeigten Solidarität mit der in den Medien viel gescholtenen neuen griechischen Regierung unter Ministerpräsident Alexis Tsipras. Wir fordern wie er ein Ende der insbesondere von Deutschland vorangetriebenen Spar- und Kürzungspolitik und Hilfe für die unter der Krisenpolitik leidenden griechischen Bevölkerung.

Das Armutsregime, das in Griechenland im Zuge der drohenden Staatspleite installiert wurde, zeigt, wie unsolidarisch die EU-Politik gegenüber der europäischen Bevölkerung ist. Die EU war und ist ein unsoziales

und undemokratisches Projekt der ökonomischen Eliten. Die Vorschläge Varoufakis' bekamen wenig Resonanz und das Treffen der beiden Finanzminister endete ergebnislos.

Immer wieder wird besonders aus Berlin zum Festhalten an den Verträgen gemahnt, wobei die Verpflichtungen Griechenlands aus dem für das Land eingerichteten sog. „Hilfsprogramm“ gemeint sind. Fast gleichzeitig zu dem Meeting hat die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main eine Sonderregelung gekappt, die den griechischen Banken den Zugang zu frischem Geld erleichtert hatte. Dies alles dient dazu, die neue Regierung Griechenlands unter Druck zu setzen und die Handlungsfähigkeit und den politischen Spielraum der Tsipras-Regierung einzuschränken. **Fortsetzung Seite 2**

**Kriege stoppen -
Atomwaffen ächten**

**Für einen
Nationalpark Senne**

Mit diesen Forderungen startet der diesjährige Ostermarsch OWL in Bielefeld am 4. April 2015.

Besonders die kriegerische Situation in der Ukraine beunruhigt viele Menschen hier: Es muss klar sein: nur zivile Konfliktlösung kann uns dem Frieden näherbringen.

**Ostermarsch
OWL**

in Bielefeld

Samstag 4. April 2015:

**Beginn der Demonstration:
11 Uhr am Kesselbrink,
Bielefeld., 12 bis 14 Uhr**

**Kundgebung mit Musik und
Kultur auf dem Jahnplatz.**

Es spricht u.a.

Arno Klönne, Soziologe





Solidarität mit Griechenland

Fortsetzung von Seite 1

Als Reaktion auf die andauernde europäische Wirtschafts- und Finanzkrise wurde in den letzten Jahren - unter dem Vorwand, eine bessere Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten zu erreichen - eine Wirtschaftsregierung durchgesetzt, die die Souveränitätsrechte der Mitgliedstaaten aushöhlt und die demokratische Selbstbestimmung der Länder abbaut.

Die Volkswirtschaften Griechenlands, Spaniens und Portugals stehen seither unter unmittelbarer Verfügungsgewalt der Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF. Sie zusammen verfolgen eine harte Armuts- und Kürzungspolitik, die europaweit zu Massenarbeitslosigkeit, Lohnsenkung und enormen Sozial- und Kulturabbau führt. Die Anlagen der Banken und die Profite der multinationalen Konzerne auf dem Kapitalmarkt werden dagegen gesichert.

Der Ausbau des unternehmerfreundlichen Wettbewerbseuropas geht zusammen mit der Schwächung der Gewerkschaften, dem Abbau sozialer Leistungen und der Einschränkung demokratischer Rechte. Was jetzt in Südeuropa passiert, ist ein Vorbild für das, was auch der breiten Bevölkerung anderer EU-Länder blüht.

Wir werden weiter solidarisch mit den leidenden und sozial bedrohten Menschen in Griechenland sein. Wir werden Varoufakis immer wieder empfangen und uns weiterhin für ein solidarisches soziales Europa stark machen.

Ukraine-Krieg:

Die Hauptverantwortung trägt die NATO

DIE LINKE: Kooperation statt Konfrontation mit Russland

Seit über einem Jahr herrscht Krieg in der Ukraine. Der mit dem Minsker Abkommen II beschlossene Waffenstillstand ist erstmals ein positives Signal. Leider wird die Waffenruhe nicht konsequent eingehalten. Die LINKE-Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko und Wolfgang Gehrcke besuchten im Rahmen einer humanitären Hilfsaktion im Februar die Ostukraine und zeigten sich entsetzt über die katastrophale Lage vor Ort.

In den westlichen Medien wird die russische Regierung verantwortlich gemacht für die Eskalation in der Ukraine. Sie wird bezichtigt, eine erbarmungslose Großmachtspolitik zu betreiben mittels Landraub und ökonomischer Einflussnahme. Dieselben Medien benennen selten die Hintergründe des Konflikts.

Nach 1991 blieb die NATO weiter bestehen und dehnte sich im Widerspruch zu klaren Abmachungen nach Osten aus. Auch die EU forcierte eine Erweiterungspolitik, die versuchte, Russland ökonomisch von Osteuropa zu isolieren.

In der Ukraine waren die wirtschaftlichen Interessen der EU der Auslöser für den Maidan-Protest. Dieser wurde nachweislich vom Westen organisiert und finanziert,

nachdem Expräsident Janukowitsch sich geweigert hatte, das EU-Assoziationsabkommen zu ratifizieren, mit dem die EU sich einen fast unumschränkten Zugang zum ukrainischen Markt sichert. Nach dem Sturz Janukowitschs half der Westen eine Regierung - bestehend aus Oligarchen und unterstützt von faschistischen Kräften - in der Ukraine zu etablieren. Deren politisches Programm besteht im Wesentlichen darin, die EU Politik durchzusetzen. Dies führt jetzt zum Andauern des Krieges, zu einem enormen Wirtschaftsrückgang und dem massiven Anstieg sozialer Not.

In dieser Situation fordert DIE LINKE, die Ukraine zu einem neutralen Staat anstatt zu einer Bastion des Westens zu machen. Inge Höger veröffentlichte bereits im Sommer 2014 einen gemeinsamen Aufruf mit russischen und ukrainischen Linken, der ein Ende der Gewalt und das Wahrnehmen gemeinsamer sozialer Interessen der dort lebenden Menschen fordert. Das gemeinsame Engagement für soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte bricht mit der Logik des Krieges. Nur auf der Grundlage von Frieden kann eine Perspektive für eine lebenswerte Zukunft in der Ukraine entstehen.

Unterbringung und Versorgung gehören nicht in private Hände!

Flüchtlinge brauchen Hilfe und gute Unterbringung!

Nachdem im letzten Herbst völlig unvorbereitet 320 Flüchtlinge in Herford ankamen und versorgt werden mussten, hatte der private Betreiber European Homecare die Versorgung der Flüchtlinge übernommen. MdB Inge Höger hatte sich zusammen mit Rats- und Kreistagsmitgliedern der Partei DIE LINKE in der Notunterkunft in der Umenstrasse umgeschaut.

Die Zustände, die sie vorfanden, waren alles andere als zufriedenstellend. Inge Höger und DIE LINKE aus dem Kreis Herford sahen sich nach diesem Besuch in ihrer Forderung bestätigt, dass die Betreuung und Versorgung von Flüchtlingen nicht in die Hände von privaten Betreibern gehört, die aus der Not der Flüchtlinge ein Geschäft machen und an Sozialarbeitern und Ärzten sparen. Für die Unterbringung von Flüchtlingen sind dringend Qualitätsstandards erforderlich. Schließlich muss das Land NRW seiner Verantwortung sowohl für die Erstaufnahme als auch die Unterbringung von Asylbewerber*innen nachkommen und den Kommunen ausreichend Geld dafür zur Verfügung stellen.

Eine Notunterkunft für die Erstaufnahme von Flüchtlingen muss die Stadt Herford nicht mehr zur Verfügung stellen. Da aber immer mehr Flüchtlinge auch nach Herford kommen, brachte der Bürgermeister kurzfristig die Unterbringung in Containern ins Gespräch. Dies wurde von den LINKEN,

fast allen Parteien und der Flüchtlingsbegleitgruppe abgelehnt. Und nun gibt es ein „Konzept zur Aufnahme und Eingliederung von Asylsuchenden“, in dem sich viele der Forderungen einschließlich der dezentralen Unterbringung wiederfinden. Allerdings bleibt bei genauerer Betrachtung die dringend notwendige sozialpädagogische Betreuung mit einer halben Stelle völlig un-

zureichend. Das Ausländer- und Integrationsbüro hat zum 31. Januar 50 Wohnungen angemietet, jedoch ist der dezentrale Ansatz zur Unterbringung unter fadenscheinigen Argumenten nicht durchgehend berücksichtigt. Auch hier wird der Mangel an sozialem Wohnungsbau deutlich und wie wichtig eine konsequente linke Politik auf allen Ebenen ist.



Flüchtlinge sind hier willkommen:

Inge Höger in der Erstaufnahme für Flüchtlinge in Bielefeld

Gemeinsam mit VertreterInnen der Flüchtlings- und Asylberatung, mit Politikerinnen aus dem Bielefelder Rathaus und ehrenamtlichen Helfern besuchte Inge Höger am 10. Dezember die Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Bielefeld.

Inge Höger betont: Immer mehr Menschen in der Welt müssen vor Kriegen, politischer und ethnischer Verfolgung fliehen. Die jetzt in Deutschland ankommenden Flüchtlinge werden zum großen Teil hier bleiben. Sie brauchen unsere Hilfe und Solidarität. Bund und Länder müssen dafür sorgen, dass die Lasten nicht bei den ohnehin armen Kommunen des Landes hängenbleiben.



Wie jedes Jahr war Inge Höger auch an diesem 8. März, dem internationalen Frauentag, auf der Straße. „Frauen erhalten immer noch weniger Geld als ihre männlichen Kollegen, sie sind vor allem noch doppelt durch Familie und Beruf belastet und von wirklicher Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen sind wir meilenweit entfernt. Was wir brauchen ist eine Arbeitszeitverkürzung für alle, damit sich Männer und Frauen um die wichtigen sozialen Dinge des Lebens kümmern können.“